

Riskante Abhängigkeit

Rohstoffe. Ob Festplatten, Energiesparlampen oder Solarzellen – in vielen Hightech-Produkten stecken Rohstoffe mit kryptischen Namen wie Yttrium oder Scandium. Und diese Stoffe muss Deutschland meist importieren. Das Problem: Die Versorgung ist nicht immer sicher, wie der Rohstoffrisiko-Index der Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult zeigt. 

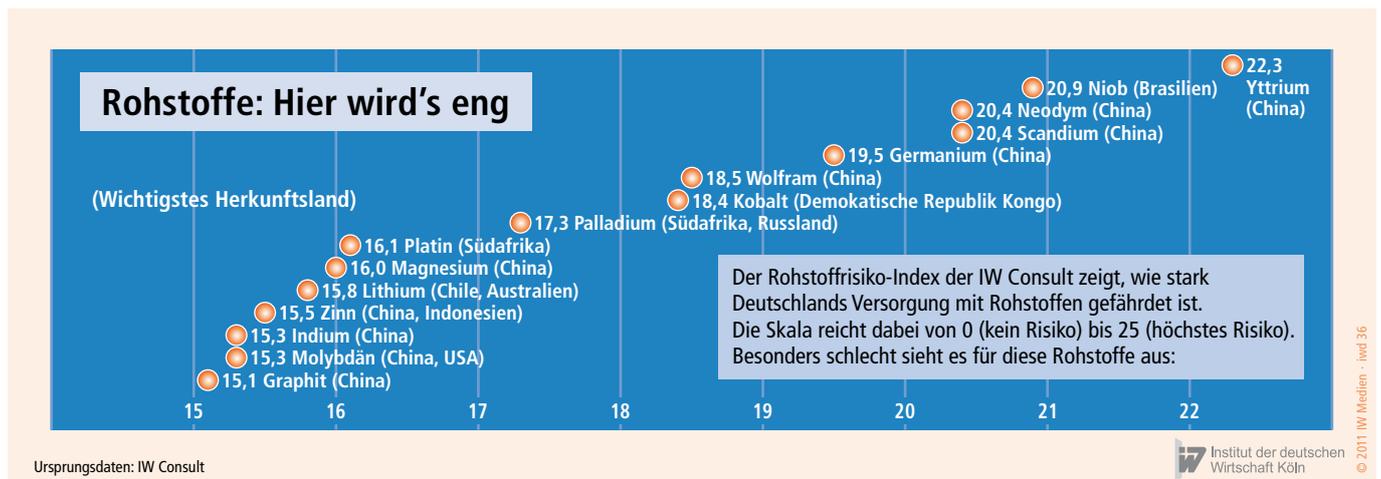
Die Glühbirne ist tot – es lebe die Energiesparlampe. Seit Anfang des Monats ist der Vertrieb von 60-Watt-Glühbirnen in der EU verboten. Ihre Nachfolger dürften in den nächsten Wochen gleich teurer werden, wie der Hersteller Osram bereits angekündigt hat. Der Hintergrund: die gestiegene Nachfrage nach sogenann-

ten Seltenen Erden, von denen in der Energiesparlampe eine ganze Menge stecken. Und eine hohe Nachfrage bedeutet steigende Preise.

Aber nicht nur die Kosten bereiten der rohstoffverarbeitenden deutschen Industrie Sorgen. Es geht auch um die Frage, ob und wie umfangreich Seltene Erden und andere Roh-

stoffe verfügbar sind. Neben den geologischen Gegebenheiten spielen hier die Markt- und Regulierungsbedingungen eine wichtige Rolle. Denn die meisten Metallrohstoffe gibt es nur in wenigen Ländern – von so manchem Rohstoff kommen drei Viertel der jährlichen Förderung aus nur drei Staaten. Zudem haben sich oft einzelne große Konzerne den alleinigen Zugang gesichert. Solch eine monopolartige Marktmacht treibt ebenfalls die Preise.

Nicht zuletzt verlangen viele Länder spezifische Ausfuhrsteuern →



Inhalt

Wettbewerbsfähigkeit: Aufgrund der heimischen Infrastruktur schneidet Deutschland im internationalen Ranking gut ab.
Seite 3

Niedriglohnssektor: Ein gesetzlicher Mindestlohn würde den Betroffenen einen Bärendienst erweisen.
Seite 4-5

Staatsverschuldung: Viele Staaten müssen konsolidieren, dürfen dabei aber die Konjunktur nicht abwürgen – ein Drahtseilakt.
Seite 6

Entgeltgleichheit: Die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern hängt oft mit unterschiedlichen Erwerbsbiografien zusammen.
Seite 7

Hybrid-TV: Internetfähige Fernseher liegen im Trend. Vor allem der Online-Versandhandel profitiert davon.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ oder protegieren heimische Unternehmen, indem sie nur ihnen Exportlizenzen erteilen. Manche Staaten verweigern auch die Mehrwertsteuererstattung beim Export von Rohstoffen oder verhängen sogar Ausfuhrverbote.

Für welche Metalle und Mineralien es bei der Versorgung besonders eng werden könnte, zeigt der Rohstoffrisiko-Index, den die IW Consult für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) entwickelt hat (Grafik Seite 1).

- **Yttrium.** Dieses Seltenerdmetall führt die Liste mit 22,3 von maximal 25 Punkten (= höchstes Versorgungsrisiko) an. Der Rohstoff ist besonders wichtig für Zukunftstechnologien, zum Beispiel für Laser oder Permanentmagnete, kommt aber auch in Energiesparlampen zum Einsatz. Einige seiner chemischen Eigenschaften können praktisch durch keinen anderen Stoff ersetzt werden.

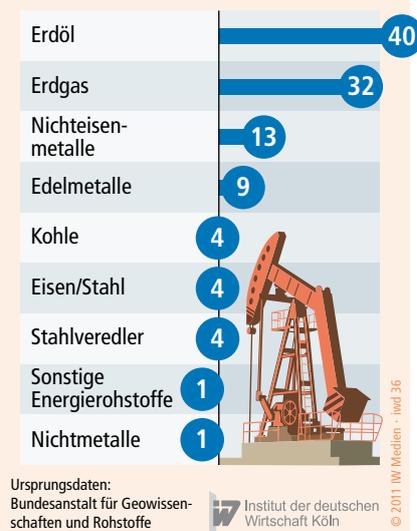
Die hohe Risikostufe hat Yttrium vor allem, weil es derzeit fast ausschließlich in China gefördert wird – das Reich der Mitte hat de facto ein Monopol auf diese Ressource.

- **Niob.** Ebenfalls recht risikoreich ist die Versorgung mit Niob. Dessen Verwender sind vor allem auf den guten Willen der Förderer angewiesen. Deutlich mehr als 90 Prozent dieses Metalls werden in nur drei Ländern – in erster Linie Brasilien – und auch nur von drei Unternehmen gewonnen. Zwar kann Niob, das in der Natur meist mit Tantal gemeinsam vorkommt und vor allem für Legierungen benötigt wird, in einigen Anwendungen durch andere Metalle ersetzt werden – meist aber nicht mit derselben guten Wirkung und häufig zu höheren Kosten.

- **Neodym, Scandium und Germanium.** Hier ist die Lage ähnlich kritisch.

Rohstoffe: Was Deutschland importiert

im Jahr 2010 in Milliarden Euro



Diese Stoffe werden vor allem in China abgebaut. Germanium wird als sogenanntes Spezialmetall für die Herstellung von Solarzellen oder Halbleitern gebraucht.

- **Wolfram.** Das in Verbindung mit Kohlenstoff hergestellte Wolframcarbide zählt zu den härtesten Materialien und wird daher beispielsweise für Schneidwerkzeuge oder im militärischen Bereich benötigt. Daneben findet Wolfram vorwiegend in Glühlampen Verwendung. Zwar kommt dieses Schwermetall sogar in Deutschland und Österreich vor, doch Hauptförderland ist auch hier China mit etwa 80 Prozent der weltweiten Produktion. In der Volkrepublik gibt es sowohl für die Erze als auch für weiterverarbeitete Wolframprodukte ein Veredelungsverbot, hinzu kommen Einfuhr- und Ausfuhrsteuern sowie zum Teil auch Exportverbote. Eine der offiziellen Begründungen: Durch den forcierten Abbau von Wolfram werde die Umwelt vor Ort zu stark geschädigt.

- **Kobalt.** Auch die Versorgung mit diesem Rohstoff könnte problematisch werden. Einer der Hauptlieferanten ist die politisch instabile De-

mokratische Republik Kongo. Neben der Verwendung für Superlegierungen wird Kobalt vor allem für Akkus benötigt.

- **Palladium und Platin.** Auf diese Rohstoffe, die im Index auf Platz acht und neun liegen, sind unter anderem die Autoindustrie und deren Zulieferer angewiesen. Denn diese Platinmetalle werden in Autokatalysatoren eingesetzt – und das nicht zu knapp. Jährlich verarbeiten die Firmen dafür große Mengen an Edelmetallen. Prinzipiell ließen sich diese Rohstoffe durch Recycling wiederaufbereiten, doch das geschieht gerade auf diesem Gebiet noch zu wenig.

- **Lithium.** Besonders wichtig wird in Zukunft auch das Leichtmetall Lithium werden. Es steckt beispielsweise in Batterien von Elektroautos. Die größten Reserven liegen vor allem in Südamerika.

Den dicksten Brocken der Rohstoffimporte bilden jedoch die Energierohstoffe – rund 71 Prozent des gesamten Importwerts entfallen auf Erdöl, Erdgas und Kohle (Grafik). Unter den nach Deutschland importierten Metallen haben die Nichteisenmetalle mit 12 Prozent den größten Anteil. Eisen und Stahl kommen auf 4 Prozent.

Insgesamt wurden im Jahr 2010 Rohstoffe im Wert von etwa 110 Milliarden Euro importiert.

Im Jahr 2004 waren es lediglich knapp 62 Milliarden Euro. In dem Anstieg der vergangenen Jahre spiegeln sich jedoch weniger die gestiegenen Importmengen, sondern vor allem die deutlich höheren Preise wider.



Studie

<http://www.vbw-bayern.de>
dort unter „Publikationen“

Deutschland steht in den Top Ten

Wettbewerbsfähigkeit. Im aktuellen Global Competitiveness Report des Weltwirtschaftsforums belegt die Bundesrepublik den 6. Platz. Die deutsche Wirtschaft profitiert vor allem von der vorzüglichen heimischen Infrastruktur.

Bevor Unternehmen eine Standortentscheidung treffen, müssen sie viele Fragen klären: Wie schnell lassen sich meine Produkte an den Mann bringen? Können unbezahlte Rechnungen eingeklagt werden? Wie sieht das Arbeitskräfteangebot aus?

Diese Fragen und viele mehr beantwortet Jahr für Jahr der Wettbewerbsfähigkeitsreport des Weltwirtschaftsforums, bei dem 2011 erstmals die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult offizieller Partner war (Kasten). Danach belegt – über alle Kriterien hinweg – Deutschland den 6. Platz von 142 Ländern. Die deutsche Spitzenposition ruht auf mehreren Pfeilern (Grafik):

Die Studie

Die Wettbewerbsfähigkeitsanalyse wird seit 2004 in dieser Form durchgeführt. Ihre Einstufungen basieren auf öffentlich zugänglichen „harten“ Fakten und dem Executive Opinion Survey. Dabei wurden in allen 142 Ländern zusammen mehr als 14.000 Unternehmensführer nach ihrer Einschätzung befragt. Der Index analysiert insgesamt zwölf Bereiche – angefangen bei der Infrastruktur über das makroökonomische Umfeld bis hin zur Grundschulbildung – und fasst diese zu einem gewichteten Gesamtindex zusammen (Grafik).

Weitere Infos: www.iwkoeln.de/Wettbewerbsfaehigkeit

- **Qualität der Infrastruktur.** Die Bundesrepublik nimmt bei diesem Indikator weltweit Rang zwei ein. Das Straßen- und Eisenbahnnetz ist dicht geflochten und gut in Schuss, sodass Personen und Güter schnell von A nach B transportiert werden können. Auch verfügt Deutschland über leistungsfähige Flughäfen.
- **Entwicklungsgrad der Unternehmen.** Die Produktionsverfahren in Deutschland entsprechen dem neuesten Stand der Technik, die Vertriebskanäle sind in inländischer Hand. Das wird mit Platz vier auf der Weltrangliste belohnt.
- **Innovationen.** Deutsche Unternehmen gehören zu den innovativsten der Welt. Nur in vier anderen Staaten wird mehr in Forschung und Entwicklung (FuE) investiert. Dass viele deutsche Produkte und Verfahren konkurrenzlos sind, wird auch in einem anderen Punkt deutlich:

Deutsche Unternehmen nutzen nur selten Lizenzen oder imitieren ausländische Erzeugnisse.

Positiv werten die Experten des Weltwirtschaftsforums zudem, dass der Wettbewerb in Deutschland funktioniert, weil so gut wie keine Firma ihren Markt beherrscht.

Es gibt aber auch einige Schwachstellen am Standort D:

1. Arbeitsmarkt. Hier landet die Bundesrepublik nur auf Rang 64. Die Löhne seien fest zementiert, bemängelt der Report, auch wenn es in den Firmen mal nicht rund laufe, gebe es keine Luft nach unten. Und der ausgedehnte Kündigungsschutz führe dazu, dass Unternehmen nur zögerlich neues Personal rekrutieren. Kritisiert wird außerdem, dass

Internationale Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland auf Rang 6

Diese Länder belegen im globalen Ranking der Wettbewerbsfähigkeit 2011 die ersten zehn Plätze

		2010
1	Schweiz	1
2	Singapur	3
3	Schweden	2
4	Finnland	7
5	USA	4
6	Deutschland	5
7	Niederlande	8
8	Dänemark	9
9	Japan	6
10	Vereinigtes Königreich	12

Wie Deutschland punktet

Deutschland belegt unter den 142 untersuchten Ländern in der Kategorie ... diesen Rang

2	Infrastruktur (z. B. Transportwege, Kommunikation)
4	Entwicklungsgrad der Unternehmen (z. B. Stand der Produktionstechnik)
5	Marktgröße (z. B. inländischer Markt, Exportstärke)
7	Innovationen (z. B. FuE-Ausgaben)
7	Hochschulbildung und Ausbildung
14	Technologischer Entwicklungsgrad (z. B. Einsatz neuester Techniken)
19	Institutionen (z. B. Eigentumsrechte, Korruption)
23	Gesundheit und Grundschulbildung
26	Effizienz der Gütermärkte (z. B. einheimische Wettbewerbsintensität, Existenzgründungen)
30	Makroökonomisches Umfeld (z. B. Inflation, Staatsschulden)
39	Entwicklungsgrad der Finanzmärkte (z. B. Zugang zu Krediten)
64	Arbeitsmarkteffizienz (z. B. Kündigungsschutz)

Quellen: Weltwirtschaftsforum, Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH, WHU, Vallendar

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 36

Wissenschaftler und Ingenieure knapp seien und so ein wichtiger Wettbewerbsvorteil Deutschlands auf der Kippe stehe.

2. Finanzmärkte. In dieser Kategorie schneidet Deutschland nicht so gut ab, weil Firmen über einen eingeschränkten Zugang zu Krediten klagen.

Längst kein Massenphänomen

Niedriglohnsektor. Weil immer mehr Menschen in Deutschland für kleines Geld arbeiten, fordern die Gewerkschaften einen gesetzlichen Mindestlohn. Den Betroffenen würde damit aber ein Bärendienst erwiesen. Denn bei höheren Löhnen rechnen sich viele Arbeiten nicht mehr. 

Pflegekräfte, Zeitungsausdräger, Bulettenbrater, Friseure und Lagerarbeiter – um nur einige Berufe zu nennen – gehören in Deutschland zu den Niedriglohnbeziehern (Kasten). Den Gewerkschaften sind diese Arbeitsverhältnisse ein Dorn im Auge, denn angeblich breiten sie sich immer weiter aus und werden zum Massenphänomen. Daher müsse ein gesetzlicher Mindestlohn her – so schlussfolgern DGB und Co. (Pro und Contra).

Auf den ersten Blick geben die Zahlen den Kritikern aus dem Gewerkschaftslager recht. Kurz nach der Wende, im Jahr 1994, waren deutschlandweit nur 9 Prozent der 15- bis 64-Jährigen Niedriglohnempfänger. Im Jahr 2009 betrug ihr Anteil bereits 14 Prozent (Grafik).

Was die Gewerkschafter jedoch nicht erwähnen: Der Niedriglohnsektor ist zwar größer geworden, aber nicht auf Kosten der Normalverdiener. Nach wie vor hat jeder zweite Erwachsene einen Job, der

mehr als zwei Drittel des Durchschnittslohns einbringt; das waren 2009 rund 9 Euro pro Stunde.

Der Anteil dieser Normalverdiener ist mit 48 Prozent heute sogar so hoch wie nie zuvor in der Nachwendezeit.

Woher aber kommen die zusätzlichen Geringverdiener? Die Antwort ist einfach: Viele Menschen, die zuvor keinen Job hatten – zum Beispiel Mütter, ALG-II-Empfänger, Schul- und Ausbildungsabbrecher –, konnten auf diese Weise in den vergangenen 15 Jahren in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Niemand kann aber ernsthaft erwarten, dass diese Personengruppen zu gleichen Konditionen beschäftigt werden wie Stammkräfte. Für die Betroffenen ist es eher wichtig, überhaupt eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten, auch wenn mit dem Verdienst keine großen Sprünge zu machen sind.

Vielfach wird allerdings beklagt, dass sich nicht nur Arbeitnehmer mit Handicap mit Minilöhnen beschei-

Daten und Definitionen

Datenquelle der Untersuchung ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) – eine jährliche Wiederholungsbefragung von ca. 20.000 Personen.

Als Niedriglohnempfänger werden Beschäftigte klassifiziert, deren Stundenlohn weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns beträgt. Die Erwerbseinkommen von Auszubildenden und Selbstständigen bleiben dabei außer Betracht. Im Jahr 2009 lag die so berechnete Niedriglohngrenze bei einem Bruttostundenlohn von 8,94 Euro.

den müssten. Vielmehr würden auch Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung so abgespeist.

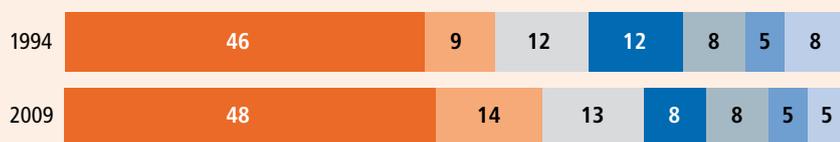
Tatsächlich haben 80 Prozent der Niedriglohnempfänger eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Frage aber ist, ob man damit in der Hightech-Gesellschaft immer etwas anfangen kann. Einer Kassiererin nutzt im Online-Zeitalter ihre abgeschlossene Berufsausbildung im Zweifel gar nichts – ihren Job übernehmen Scanner.

Ähnliches gilt selbst für so manchen Akademiker: Germanisten können ein noch so gutes Examen hinlegen – trotzdem müssen einige ihr Geld als Taxifahrer verdienen.

Normalverdiener sind die Regel

Bevölkerung von 15 bis 64 Jahren in Prozent

■ Normalverdiener
 ■ Geringverdiener
 ■ Sonstige Erwerbstätige
 ■ Nicht-Erwerbstätige
 ■ Arbeitslose
 ■ Schüler/Studenten
 ■ Rentner



Geringverdiener: Bruttostundenlohn von weniger als zwei Dritteln des mittleren Stundenlohns, das waren 2009 knapp 9 Euro; Sonstige Erwerbstätige: Auszubildende, Selbstständige sowie andere Erwerbstätige ohne Angaben zum Stundenlohn; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel



Gutachten

im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Holger Schäfer, Jörg Schmidt: Der Niedriglohnsektor in Deutschland, Entwicklung, Struktur und individuelle Erwerbsverläufe

www.iwkoeln.de/Presse/Veranstaltungen/Archiv

Gerade der Niedriglohnsektor bietet jedoch Menschen, deren Qualifikation nicht mehr gefragt oder nicht mehr up to date ist, die Chance, schnell (wieder) ins Berufsleben einzusteigen. Denn 46 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten benötigen für ihre Tätigkeit keine abgeschlossene Berufsausbildung, aber lediglich 16 Prozent der Normalverdiener.

Der Niedriglohnsektor hält jedoch nicht nur Jobs für Personen bereit, die es auf dem Arbeitsmarkt schwer haben. Auch weitere Gruppen finden recht einfach eine Stelle:

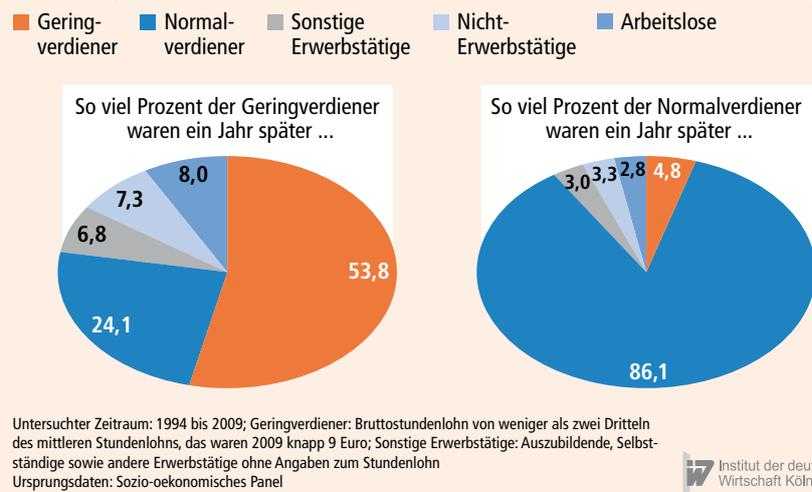
- **Teilzeitkräfte.** Die Hälfte der Niedriglohnempfänger hat keinen 8-Stunden-Tag. Dies sind oft Frauen, deren Kinder aus dem Größten raus sind und die lange nicht gearbeitet haben, aber so wieder langsam in den Beruf einsteigen.
- **Junge Leute.** Jeder dritte Geringverdiener – aber lediglich jeder sechste Normalverdiener – ist jünger als 30 Jahre. Gut ein Viertel davon befindet sich in einer Ausbildung. Mit den Groschen fürs Zeitungsaustragen, Kellnern oder Babysitten wird z. B. das Studium mitfinanziert.

Schon diese Beispiele machen deutlich, dass der Niedriglohnsektor keineswegs „ein Sprungbrett in die Armut“ ist, wie es DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach formuliert. Weit gefehlt: Nur 16 Prozent der Geringverdiener sind Sozialfälle.

Armut ist eher ein Problem der Arbeitslosen – hier liegt der Anteil der Sozialfälle bei über 60 Prozent.

Schon diese Gründe sprechen nicht dafür, den Niedriglohnsektor durch Mindestlöhne auszutrocknen. Auch andere Argumente für die Abschaffung ziehen nicht. Es ist nämlich keineswegs so, dass die Unternehmen „getrieben von der Globalisierung“ – wie es oft zu lesen ist –

Niedriglohnsektor: Jeder Vierte schafft den Aufstieg



Stammbelegschaften reduzieren und Billigkräfte arbeiten lassen.

Zum einen suchen Firmen fast aller Branchen nach gut ausgebildetem Personal. Allein im Maschinenbau und in der übrigen Metallindustrie ist die Nachfrage nach Fachkräften im Vergleich zum Sommer 2010 um ein Viertel gestiegen.

Zum anderen rutschen nicht einmal 5 Prozent der Normalverdiener jährlich in den Niedriglohnsektor ab

– 86 Prozent bleiben in einem normal entlohnten Job (Grafik). Umgekehrt aber ist zwischen 1994 und 2009 jährlich 1,3 Millionen Menschen der Aufstieg in eine besser bezahlte Beschäftigung gelungen.

Allerdings müssen Mitarbeiter auch selbst an ihrer Karriere arbeiten. Mit dem richtigen Uni-Abschluss ist die Chance auf einen „normalen“ Lohn 2,4-mal so hoch wie bei einem Geringqualifizierten.

Pro und Contra +++ Pro und Contra +++ Pro und Contra

Niedriglohnsektor: Sprungbrett oder Armutsfalle?



Holger Schäfer,
Autor der IW-Studie,
am 30.8.2011 in Berlin:

Der Niedriglohnsektor wächst, aber er wächst nicht auf Kosten der höher entlohnten Beschäftigung. Mit dem Wachstum des Niedriglohnsektors sind vielmehr neue Jobs geschaffen worden, die es zuvor nicht gab. Viele dieser Beschäftigungsmöglichkeiten bieten Chancen für Geringqualifizierte. Fast die Hälfte der Stellen im Niedriglohnbereich setzt keine Ausbildung voraus. Und nicht zuletzt ist der Niedriglohnsektor eine Chance, aus der Armut aufzusteigen. Nur 16 Prozent der Geringverdiener sind arm, aber über 60 Prozent der Arbeitslosen.



Annelie Buntenbach,
DGB-Vorstandsmitglied,
am 30.8.2011 in Berlin:

Der Niedriglohnsektor ist in den letzten Jahren ... gewachsen. Gleichzeitig sind die Löhne gerade hier in den Keller gegangen. 40 Prozent der Niedrigverdiener haben nach unabhängigen Untersuchungen nur ein Einkommen unter der Armutslohngrenze. 2,1 Millionen Menschen bekommen für ihre Arbeit pro Stunde weniger als sechs Euro, davon die Hälfte sogar weniger als 5 Euro. Von Niedriglöhnen sind keinesfalls nur Geringqualifizierte betroffen. 70 Prozent der Niedriglohnverdiener haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, 7 Prozent sogar einen Hochschulabschluss.

Drahtseilakt ohne Alternative

Staatsverschuldung. Die Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Schuldenproblem in vielen Industriestaaten verschärft. Sie müssen nun dringend einen Konsolidierungskurs einschlagen – dürfen aber zugleich die Konjunktur nicht abwürgen. Aus ökonomischer Sicht ist dies in der gegenwärtigen Situation ein Drahtseilakt.

Die Regierungen vieler Industriestaaten ringen um Mittel und Wege, die drückende Schuldenlast zu verringern. Zwar sind es vor allem die europäischen Krisenstaaten Griechenland, Portugal oder Irland, deren Schuldenstände von mehr als 100 Prozent der Wirtschaftsleistung für Schlagzeilen sorgen (Grafik). Doch das Problem ist ein globales:

Die Mitgliedsländer der OECD haben im vergangenen Jahr eine Staatsverschuldung von durchschnittlich 98 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufgetürmt.

Die Länder des Euroraums, die gleichzeitig auch Mitglieder der OECD sind, kamen mit 93 Prozent kaum besser weg.

Aus ökonomischer Sicht ist das eindeutig zu viel: Studien belegen, dass das Wirtschaftswachstum ab einer Staatsverschuldung von etwa 90 Prozent des BIP auf lange Sicht spürbar geringer ausfällt.

Die öffentlichen Finanzen zu sanieren, ist also alternativlos. Doch die Frage, wie steinig der Weg dorthin ist, können auch Fachleute nicht eindeutig beantworten.

Generell gilt: Wenn der Staat seinen Schuldenberg abträgt, geht erst einmal Nachfrage verloren – was die

Konjunktur abbremst. Auf der anderen Seite können erfolgreiche Haushaltskonsolidierungen die Wirtschaft aber auch ankurbeln. Dies ist empirischen Untersuchungen zufolge unter anderem

dann der Fall, wenn Unternehmen und private Haushalte eine wirtschaftliche Belebung erwarten. So können staatliche Einsparungen die Zinsen sinken lassen und die private Wirtschaft rechnet angesichts der sich bessernden Finanzlage des Staates möglicherweise mit Steuerensenkungen. Infolgedessen sind in der Vergangenheit in Ländern wie Dänemark Konsum und Investitionen trotz eines staatlichen Sparkurses kräftig gestiegen.

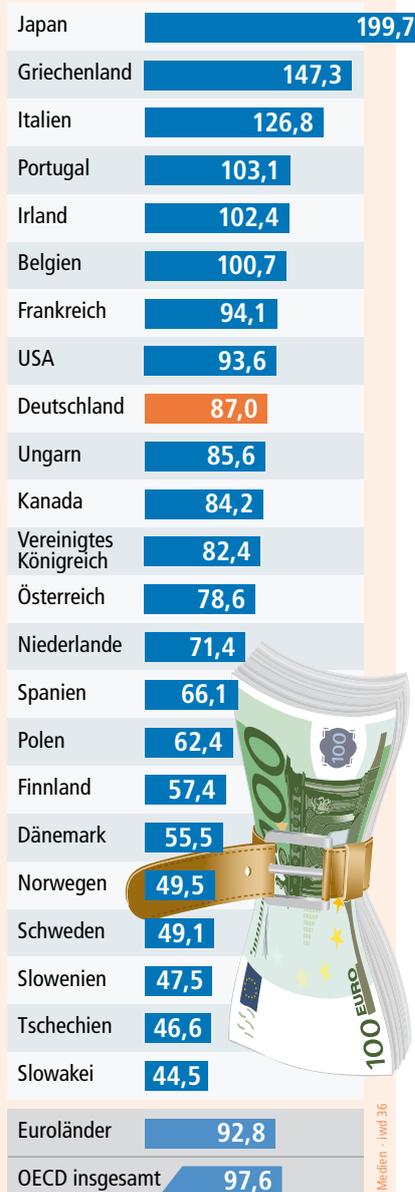
Die gegenwärtige Situation lässt solche Effekte jedoch nur zum Teil erwarten. Eine wichtige Voraussetzung ist zwar erfüllt: Je ungünstiger die Ausgangslage – so die ökonomische Forschung –, desto eher wirkt sich eine Konsolidierung belebend auf die private Nachfrage aus. Und in der Tat könnte die Finanzlage vieler Staaten kaum schlechter sein, sodass jeder Schritt in die richtige Richtung von Unternehmen und Verbrauchern positiv aufgenommen würde.

Andere Rahmenbedingungen sind allerdings weniger günstig. Selbst bei einem spürbaren Rückgang der Staatsverschuldung werden die Zinsen kaum sinken – weil sie kaum noch sinken können: Seit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise halten die Zentralbanken die Zinsen weltweit auf einem sehr niedrigen Niveau.

Zudem stehen nicht nur ein paar, sondern viele Länder unter Sparzwang. Treten nun alle auf die Ausgabenbremse, fällt global Nachfrage aus – was zum Beispiel eine Wachstumsbelebung über den Export schwieriger macht.

Die Schuldenlast der Industrieländer

Staatsschulden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2010



Euroländer: nur OECD-Mitglieder; Quelle: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · Iwd 36

Mit der Berufswahl fängt alles an

Entgeltgleichheit. Die ungleiche Entlohnung von Männern und Frauen ist ein Dauerthema in Medien und Politik. Allerdings hängt die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern häufig mit deren unterschiedlichen Erwerbsbiografien zusammen.

Theoretisch dürfte es die Lohnlücke gar nicht geben. Denn schon vor 30 Jahren stellte das Bundesarbeitsgericht klar, dass ein Verstoß gegen das Prinzip der Lohngleichheit für Frauen und Männer nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Und auch der EG-Vertrag schreibt vor, „die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit“ sicherzustellen.

Doch Theorie und Praxis sind zwei paar Schuhe und auf den ersten

Logib-D: Für mehr Transparenz

Unternehmen, die geschlechtsneutrale Löhne zahlen, sind attraktivere Arbeitgeber – zumindest für Frauen. Betriebe, die prüfen möchten, wie es um die Entgeltgleichheit in ihrem Haus bestellt ist, können dies mithilfe einer Software tun. Logib-D (Lohnleichheit im Betrieb – Deutschland) ist ein kostenloses PC-Tool, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereitgestellt wird. Zudem können sich Unternehmen bei der Anwendung von Logib-D professionell unterstützen und beraten lassen – Voraussetzung ist eine Bewerbung unter www.logib-d.de. Nach erfolgreicher Teilnahme erhalten die Logib-D-geprüften Betriebe ein Gütesiegel, das ihr Engagement zum Thema Entgeltgleichheit dokumentiert.

Berufswahl: Dem Rollenbild verhaftet

So viel Prozent der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2010 entfielen jeweils auf diese fünf beliebtesten Berufe



Blick sieht es in puncto geschlechtsneutrale Löhne schlecht aus. Dies legen zumindest die Zahlen für die durchschnittliche Lohnlücke zwischen Männern und Frauen nahe, die das Statistische Bundesamt für 2010 mit 23,2 Prozent angibt.

Allerdings hat die Erhebung des Statistischen Bundesamts einen entscheidenden Mangel: Denn die Frauen- und Männergehälter werden ungeachtet ihrer berufsrelevanten Eigenschaften miteinander verglichen – in der Statistik landen also die Bezüge von Friseurinnen ebenso wie die Einkommen von Geschäftsführern.

Zwar haben Frauen inzwischen bei der Bildung die Nase vorn, doch bei der Berufswahl entscheiden sich Frauen immer noch eher für Jobs mit vergleichsweise ungünstigen Einkommensperspektiven (Grafik):

Zu den fünf beliebtesten Ausbildungsberufen der Frauen zählen Verkäuferin, Arzthelferin und Friseurin, während sich Männer bevorzugt zum Mechatroniker oder zum Industriemechaniker ausbilden lassen.

Hinzu kommt, dass junge Frauen aus einem wesentlich engeren Berufsspektrum wählen als Männer,

deshalb landen relativ viele von ihnen in vergleichsweise schlecht bezahlten Jobs.

Nachteilig auf das Einkommen wirkt sich meist auch eine Erwerbsunterbrechung aus. Zwar ist die Dauer der kindbedingten Erwerbspausen von Frauen im Durchschnitt zuletzt leicht gesunken, dennoch unterbrechen Mütter ihren Job noch immer deutlich häufiger und länger als Väter. Zudem verkürzen viele Frauen bei der Rückkehr in den Beruf ihre Arbeitszeit, was das Einkommen reduziert und den beruflichen Aufstieg erschwert.

Ein Ausbau der Kinderbetreuung, vor allem für die unter Dreijährigen, würde Müttern in dieser Phase ihres Lebens mehr Wahlmöglichkeiten verschaffen. Doch auch beim Jobeinstieg gibt es noch viel Potenzial: Mithilfe zusätzlicher Berufsorientierungsprogramme könnten etwa noch mehr junge Frauen für technische Ausbildungen begeistert werden. Die Unternehmen setzen sich bereits zunehmend für mehr Chancengleichheit ein – indem sie etwa mithilfe des PC-Programms Logib-D die Entgeltstrukturen überprüfen lassen (Kasten).

Schaust du nur oder surfst du auch?

Hybrid-TV. In Deutschland werden immer mehr internetfähige Fernseher verkauft. Profitieren dürfte davon insbesondere der Online-Versandhandel, lässt sich mit den Geräten doch bequem von der Couch aus ordern.

Auf dem Computer fernzusehen, ist längst nichts Besonderes mehr, mit dem Fernseher ins Internet zu gehen dagegen schon. Deshalb sind die großen Elektronikhersteller eifrig bemüht, immer mehr Menschen

Hybrid-Fernseher, auch Smart TVs oder Connected TVs genannt, verbinden das Fernsehen mit dem Internet. Sie können per Kabel oder WLAN mit dem Web kommunizieren. Die Online-Inhalte sind allerdings dem TV-Format angepasst, zum Beispiel bezüglich der Schriftgröße. Bei den meisten Modellen funktioniert die Steuerung allein über die Fernbedienung, alternativ kann bei manchen Geräten auch ein Smartphone verwendet werden.

Adressaufkleber

zum Kauf eines sogenannten Hybrid-Fernsehers zu bewegen – jüngst zeigte die Unterhaltungsmesse IFA in Berlin die neuesten Trends.

Die meisten Hybrid-Fernseher entlassen den Zuschauer jedoch nicht ins freie Internet. Inhaltlich behält in der Regel der Produzent die Zügel in der Hand (Kasten). Mehr als 30 Hersteller, die den europäischen Standard des hybriden Fernsehens – kurz HbbTV – bislang unterstützen, treiben allerdings die Entwicklung einer einheitlichen technischen Plattform voran. Und trotz des eingeschränkten Webzugangs werden Hybrid-Geräte immer beliebter (Grafik):

Der Hightech-Verband BITKOM erwartet, dass 2011 in Deutschland rund 9,4 Millionen Fernseher verkauft werden, davon 3,5 Millionen mit Webzugang.

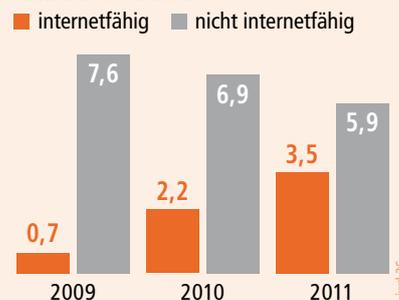
Trifft die Prognose zu, stünden Ende des Jahres über 5 Millionen Hybrid-TVs in deutschen Wohnzimmern. Die Hersteller hätten mit ihnen dann erstmals mehr umgesetzt als mit herkömmlichen Geräten:

Laut BITKOM werden die Konsumenten 2011 etwa 3 Milliarden Euro für internetfähige Fernseher ausgeben, für Geräte ohne Webzugang nur 2,7 Milliarden Euro.

Doch gekauft bedeutet noch lange nicht genutzt: Nur etwas mehr als



Anzahl der in Deutschland verkauften Fernseher in Millionen



2011: Prognose
Quellen: Bitkom, European Information Technology Observatory, Gesellschaft für Konsumforschung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 iw Medien - Iwd 36

ein Viertel der Besitzer von Hybrid-Fernsehern machte 2010 mit seinen Geräten tatsächlich Ausflüge ins World Wide Web. Doch es werden immer mehr und die Branche, die davon wohl am stärksten profitieren wird, ist der Versandhandel. Denn fortan sind Online-Einkäufe bequem mittels Fernbedienung vom Sofa aus möglich.

Schon heute setzt der Versandhandel nach eigenen Angaben zwei Drittel seiner Produkte online ab. Mittels internetfähiger Fernseher wird sich dieser Trend verstärken. Schließlich könnten dann auch einige derer erreicht werden, die bisher nicht im Netz unterwegs sind – immerhin 27 Prozent aller Deutschen sind noch immer offline.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.